

Medienmitteilung

DV BDP Schweiz in Genf

Modern und mutig: BDP bezieht klare Positionen

Knapp drei Monate nach der Gründung der BDP Genf haben sich die Delegierten der Bürgerlich-Demokratischen Partei der Schweiz BDP heute in der zweitgrössten Schweizer Stadt getroffen. Mit der Präsentation des Positionspapiers zur Informationsgesellschaft und einer Standortbestimmung zur Raumplanung hat die BDP zu zwei weiteren wichtigen Themen klar Stellung bezogen. Daneben hat BDP-Parteipräsident Martin Landolt betont, dass die BDP als moderne und mutige Partei den eingeschlagenen Weg weitergehen werde. Sie habe mit dem Kampagnenlead gegen die Minderinitiative und dem Vorausgehen in der Finanzplatzstrategie Verantwortung übernommen und klare Positionen bezogen.

Auch BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf betonte in ihrem Referat erneut, dass die Schweiz internationale Entwicklungen nicht einfach ignorieren könne. Es sei ratsamer, die Chance zur Mitgestaltung bei Schopf zu packen, statt abseits zu stehen. Und BDP-Präsident Martin Landolt wies nochmals darauf hin, dass die BDP am Bankgeheimnis festhalten wolle und genau deswegen nach Lösungen suche. Wer das Bankgeheimnis verteidigen wolle, ohne Lösungen zu bieten, der riskiere mehr als er schütze.

Die Raumplanung gehört zu den zentralen Herausforderungen der Zukunft. Die BDP hat deshalb den bürgerlichen Lead für das neue Raumplanungsgesetz übernommen, das am 3. März vom Schweizer Stimmvolk deutlich gutgeheissen wurde. Das war aber erst der Anfang eines strategischen Engagements. Die BDP will beispielsweise

- eine wesentlich bessere Nutzung von bestehender und erschlossener Bausubstanz im Nichtsiedlungsgebiet;
- einen verbesserten Schutz von hochwertigem Kulturland;
- eine sinnvolle Regulierung der immens zunehmenden Waldfläche;
- zeitgemässe Baureglemente und Planungen, mit dem Ziel einer deutlich erhöhten Nutzungsdichte, insbesondere im urbanen Raum.

Nicht nur in der Raumplanung, sondern auch in der Informationstechnologie will die BDP den gesellschaftlichen Herausforderungen Rechnung tragen. Neben der Verabschiedung eines entsprechenden Positionspapiers stellt die BDP folgende Forderungen:

- Der Zugang zu den Kommunikationsnetzen und Diensten muss für alle Einwohner der Schweiz gewährleistet sein.
- Eigentum und Privatsphäre müssen trotz eines freien Informationsflusses durch geeignete Technologien und Systeme geschützt werden.
- Die Anzahl Anbieter von Kommunikations- und Informationsdienstleistungen (Services) muss stets genügend hoch sein. Nur der Wettbewerb garantiert angemessene Preise, aber auch einen laufenden Fortschritt in der Servicequalität.
- Rahmenbedingungen, welche die Schweiz als Standort für neue Entwicklungen (z.B. Data Center) attraktiv machen, müssen beibehalten oder ausgebaut werden.
- Der Bund muss seine Strategie zum Schutz vor Cyber-Attacken weiterhin ausbauen und auf die neuesten Entwicklungen reagieren können.
- Die Bildung muss sich laufend den Entwicklungen anpassen und frühzeitig neue Lehrgänge initiieren, damit dem Werkplatz Schweiz auch genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.



- Mit Hilfe von E-Government sollen Mehrwert geschaffen und Verwaltungsprozesse beschleunigt werden.

Im Hinblick auf die Eidg. Volksabstimmung vom 9. Juni hat die BDP mit einstimmig die Nein-Parole zur Volkswahl des Bundesrates beschlossen und sich ebenfalls einstimmig für die Asylgesetzrevision ausgesprochen.

Die nächste Delegiertenversammlung findet am 31. August 2013 im Kanton Thurgau statt. Die Referate und alle Unterlagen der heutigen Delegiertenversammlung finden Sie auf der Startseite von www.bdp.info.

Auskunft:

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

NR Bernhard Guhl, 079 337 80 50

SR Werner Luginbühl, 079 481 07 69

04.05.2013